

Stadt Braunschweig

TOP

Der Oberbürgermeister FB Stadtplanung und Umweltschutz 61.5	Drucksache 13934/10	Datum 29.11.2010
---	------------------------	---------------------

3. Ergänzung zur Vorlage 13934/10

Beratungsfolge	Sitzung		Beschluss				
	Tag	Ö	N	ange- nom- men	abge- lehnt	geän- dert	pas- siert
Verwaltungsausschuss	29.11.2010		X				
Rat	29.11.2010	X					

Beteiligte Fachbereiche / Referate / Abteilungen	Beteiligung des Referates 0140 <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein	Anhörungsrecht des Stadtbezirksrats <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein	Vorlage erfolgt aufgrund Vorschlag/Anreg.d. StBzR <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein
---	---	--	--

Überschrift, Beschlussvorschlag

Entwicklung Postareal am Hauptbahnhof

103. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Braunschweig
„Berliner Platz-Nordost“ und
Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Berliner Platz-Nordost“, AW 107

- Grundsatzbeschluss BraWoPark
- Einleitung Flächennutzungsplanänderung
- Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes
- Prinzipielles Festhalten an den Grundaussagen des Zentrenkonzeptes
- Anpassung des Zentrenkonzeptes Einzelhandel
- Aufstellung eines städtebaulichen Rahmenplanes

"Beschlussvorschlag unverändert"

Im Rahmen der Anhörung nach § 55 c NGO gibt der Stadtbezirksrat folgende Stellungnahme ab:

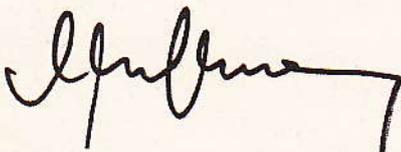
"Der Stadtbezirksrat begrüßt grundsätzlich das Investitionsvorhaben der Volksbank am Postareal. Das Gebiet um den Hauptbahnhof bedarf einer deutlichen Aufwertung und Weiterentwicklung. Der Stadtbezirksrat begrüßt insbesondere:

1. Die Entwicklung eines Einzelhandelsstandortes an dieser Stelle, der auch Aufgaben der Nahversorgung, insbesondere des täglichen Bedarfs für den Stadtbezirksrat mit übernimmt. Die Nahversorgungsbetriebe an der Leonhardstraße und im Atrium-Center haben bereits vor Jahren geschlossen
2. Die städtebauliche Aufwertung des Bahnhofsumfeldes.
3. Die Schaffung von Parkplätzen, die auch für Besucher der Stadthalle zugänglich sein sollten
4. Die Ansiedlung der ARGE/des Jobcenters an diesem Ort

Der Stadtbezirksrat empfiehlt

1. ein Festhalten am Zentrenkonzept Einzelhandel
2. die Parkplätze für Stadthallenbesucher zugänglich zu machen
3. zur Stärkung des Kongressstandortes die Option der Schaffung von Räumlichkeiten (Stichwort Kongresssäle, Kongress-Hotel) zu prüfen
4. dass der Stadt insofern ein Vorkaufsrecht eingeräumt wird
5. Maßnahmen zur Aufwertung des weiteren Bahnhofsumfeldes zu ergreifen
6. die Sicherstellung der Barrierefreiheit für das gesamte Bauvorhaben unter der Beteiligung des Behindertenbeirates
7. Der Erhalt eines angemessenen Erscheinungsbildes der Gedenkstätte KZ-Außenlager Schillstraße einschließlich des Schriftzuges am alten Postgebäude müssen sichergestellt werden"

Die Verwaltung hält den bisherigen Beschlussvorschlag für ausreichend und empfiehlt die o. g. Punkte im weiteren Verfahren zu prüfen.



Dr. Hoffmann